

Erscheint täglich
 nachmittags mit Ausnahme der
 Sonn- und Feiertage.

Abonnementpreis
 monatlich 50 J. 1/2 jährlich 1.50 J.
 pränum. frei ins Haus. Durch
 die Post bezogen 1.05 J.

„Die Neue Welt“
 (Unterhaltungsbeilage), durch
 die Post nicht bestellbar, kostet
 monatlich 10 J. 1/2 jährlich 30 J.

Volkshblatt

Inserenten-Gebühr
 beträgt für die 5gehaltene
 Zeile für den ersten Raum
 15 J., für Wohnungs-,
 Vereins- und Veranlagungs-
 anzeigen 10 J.

Inserate für die fällige
 Kammer müssen spätestens bis
 nachmittags 1/10 Uhr in der
 Expedition abgegeben sein.

Eingetragen in die Ver-
 zeichnungsliste unter Nr. 707.

Offizielles sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld und die Mansfelder Kreise.

Redaktion und Expedition: Seifstraße 21, erster Hof parterre rechts.

Telegraph-Adresse: Volkshblatt HalleSaale.

Wotto: Für Wahrheit und Recht.

Nr. 149. Dienstag den 30. Juni 1896. 7. Jahrg.

Morgen Dienstag, den 30. Juni, von 10 bis 6 Uhr Reichstagswahl.

Mahnruf.

Erwache, gedrückte Proletariatschlar!
 Ermanni Euch, Ihr ewig Gedrückten!
 Erkennt die uns drohende große Gefahr,
 Ermuntere die tief Gebückten.
 Ergreife die Waffe mit frischem Mut
 Im heißen Kampfesgewühle.
 Die Hoffnung giebt unsrer Begeisterung Blut
 Trotz aller Gewitterschwüle.
 Es kämpft der Arbeit gewaltiger Troß
 Und ladet Geschütze mit schwerem Geschöß.

Erwache, Ihr Bauern hinter dem Pflug,
 Erwache, Ihr Handwerker alle!
 Was man Euch schon raubte, es ist genug
 Bis zum Ueberlaufen der Galle.
 Laßt nicht Euch verführen durch Rederei'n,
 Die Segner sind trocken die Alten,
 Und tretet für unsern Kuzert ein,
 Der wird sein Ehrenwort halten,
 Denn er kämpft mit der Arbeit gewaltigem Troß
 Und ladet Geschütze mit schwerem Geschöß.

Erwacht, Ihr Beamten, mit wenig Lohn!
 Verkennt nicht unser Streben.
 Es wehret mit Kraft der Reaktion
 Und kämpft für der Arbeit Leben.
 Auch Ihr gehört in unsere Reih'n
 Mit dem Betiel erhebt Eure Klage!
 Und tretet für unsern Kuzert ein,
 Der bringt jedes Uebel zur Sprache.
 Denn er kämpft mit der Arbeit gewaltigem Troß
 Und ladet Geschütze mit schwerem Geschöß.

Erwache, tönt es von Ort zu Ort!
 Erwache, ist unser Lösungswort!
 Erwache, rufen wir Tag und Nacht,
 Bis auch der Stummstieft ist aufgewacht,
 Und protestiert gegen Knechtschaftsqual.

Bei der morgen erfolgenden Reichstagswahl
 Denn ehelich ist unser Schlagpanter,
 Für Freiheit und Recht nur kämpfen wir.
 Drum kämpfe der Arbeit gewaltiger Troß
 Dein geistig Geschöß ist dein schweres Geschöß.

O. Z.

Und nun heran, Ihr Männer der Arbeit!

Heran, Ihr Enterebten der Gesellschaft! Benutzt Euer Staatsbürgerrecht! Gilt zur Urne und wählt Euren Freund, den

Redakteur Fritz Kunert,
 Schöneberg - Berlin.

Heran, Ihr Mühseltigen und Beladenen! Niemand hilft Euch, wenn Ihr selbst Euch nicht helft!
 Heran an die Urne, Ihr Verzögten und Kleinmütigen, die Ihr schon die Waffen strecken wollt vor dem aussichtslosen Kampfe mit dem Dasein.
 Heran, Ihr alle, die Ihr Euch zur vaterlandslosen Krotte bekennet! Zeigt den Gegnern, daß Ihr ihre Verordnungen verachtet und ihre Drohungen verpöhtet!
 Heran, Ihr Männer der Arbeit! Der Tag der Abrechnung ist da! Zeigt Euren Bedrückern, daß die Zeit vorbei ist, wo es ihnen gelang, Euch mit süßen Worten und hohen Versprechungen bei der Wahl zu fixen, um Euch hinterher zu verachten!
 Heran, Ihr alle, an deren Herzen der stille Grimm, die mühsam verhaltene Wut zehrt über schmähliche Behandlung, entwürdigende Abhängigkeit, larme Entlohnung trotz fleißiger Arbeit!

Heran, heran, Ihr Ärmsten der Armen aus den dumpfen Stuben menschenunwürdiger Wohnungen. Beweist der herrschenden Gesellschaft, daß sie Euch zwar um alle Lebensfreude und allen Lebensgenuß bringen konnte, aber nicht um den Groll, den Ihr über Euer hartes Los empfindet und nicht um die Fähigkeit, mit der Ihr an der Besserung Eurer Lage arbeitet!
 Kein Kleinmut herrsche heute, keine Verzagttheit! Wir können siegen, wir müssen siegen, glänzend siegen, wenn jeder Proletar und jeder aufrichtige Freund des Proletariats seine Pflicht thut.

Einmal in Jahren nur bietet sich Euch die Gelegenheit, den Herrschenden zu zeigen, wie es Euch ums Herz ist. Einmal nur! Und dieses eine Mal ist heute da! Benutzt es! Der stumme Protest durch den Stimmzettel pocht an die Thoren der Uewaltshaber und bejagt sie über das unendliche Weß, welches die kapitalistische Mißwirtschaft über die Erzeuger aller Güter unerbittlich verhängt.
 Keiner bleibe fern! Heran, heran! Zum Kampf! Zum Sieg!

Bekanntmachung des Wahlkomitees.

Das sozialdemokratische Wahlbureau befindet sich im Gandelpark, Nikolaifraße. Dort wird Auskunft in Wahlangelegenheiten erteilt.
 Alle Genossen, welche bei der Wahlarbeit noch behilflich sein wollen, haben sich im Gandelpark, Nikolaifraße, einzufinden.
 Achtung, Genossen! Außer den Weisungen, welche für die im Norden unseres Wahlkreises gelegenen Bezirksämter bekannt sind, müssen auch an 30 in denselben Bezirken tätige Stimmzettelverteiler Dienstag früh mit dem Tage 4.30 fortfahren. Alle Genossen, welche das wichtige Amt eines Stimmzettelvertellers in den gedachten Bezirksämtern übernehmen wollen, werden gebeten, pünktlich früh 4 Uhr in Wahlbureaus zu erscheinen, um Instruktion, Material und alles andere dort entgegenzunehmen.

Tagesgeschichte.

Handelsminister v. Verlepsch hat am Sonnabend die von ihm erbetene Entlassung erhalten. An seiner Stelle ist Unterstaatssekretär Wessfeld zum Handelsminister ernannt worden. Zu den äußeren Vorgängen, welche dem Entlassungsgesuch vorhergingen, schreibt die Köln. Zeitung: Vor vier Wochen etwa meldete der Hofbericht, daß Herr v. Verlepsch dem Kaiser auf der Eisenbahnfahrt von Berlin nach Potsdam Vortrag gehalten habe. Dann fiel die außerordentlich scharfe Haltung und Erklärung des Herrn von

Verlepsch gegenüber dem konservativen Antrage auf Zurücknahme des Bädererlasses in der Sitzung des Abgeordnetenhauses am 15. Juni auf, sowie daß am folgenden Tage der Unterstaatssekretär Lohmann die Abwesenheit des Ministers bei der Weiterberatung dieses Antrags damit entschuldigte, daß er vom Kaiser nach Potsdam befohlen war. Sein Ausbleiben auf dem letzten parlamentarischen Feste des Fürsten Hohenhausen am Montag wurde in Abgeordnetenkreisen mehrfach erörtert. Auch die Tätigkeit mancher verantwortlicher Ratgeber hinter den Kulissen, insbesondere die jüngste behauerliche Verköstlichung der bekannten Kaiserdepesche in Sachen Stöcker von privater Seite unter ausgeprägter Befreiungsbefreiung der verantwortlichen Ratgeber der Krone, trotz der großen politischen Bedeutung dieser Depesche, mag zu diesem Beschlusse zurückzuführen, nicht unwesentlich beigetragen haben. Noch vor kurzem fand bei Herrn v. Verlepsch ein großer Sommerempfang statt, welcher über 700 Personen vereinigte. Aufsehen erregte dies das mansgesprochene Abschiedsbest des Ministers gewesen.

Die vielgerühmte Arbeiterfreundlichkeit der Konservativen leuchtet glänzend aus einem in Reichstags eingetragenen Antrag dieser Herren hervor. Nach diesem soll ein Zoll auf ausländische feine Heringe und Spotteln gestellt und der schon bestehende Zoll auf getragene Heringe (dem Hauptnahrungsmittel von Millionen armer Weichen) erhöht werden. Die e. Heuchlerhande. Soldatenmißhandlungen wurden gelegentlich einer

Verhandlung wegen verleumderlicher Beleidigung gegen einen Arbeiter bei dem Berliner Landgericht I eiblich festgestellt. So hat z. B. der Unteroffizier T o b o l l e arme Soldaten hart neben dem geheierten Ofen in der Kneubeuge einen Schemel mit den Armen hin- und herstreuen lassen, der mit einer gefüllten Wachslichter oder einer vollen Backerstange behindert war. Beim Erzerieren wurde gleichfalls „gebimt“. Höchst charakteristisch ist es, daß die als Zeugen vorgeladenen Soldaten von einer Mißhandlung des genannten Unteroffiziers nichts wissen, der Unteroffizier selbst aber seine Auslassung in dieser Hinsicht verweigerte. Festgesetzt wurden die Mißhandlungen durch ehemalige Soldaten.
 Es lebe der Militarismus!

Zusland.

Spanien. Spanien ist das Land der Kolonialabenteuer, des Staatsbankrotts, der Unterschleife. Während Hunderttausende von spanischen Soldaten in Afrika verbluten oder am gelben Fieber verenden, betreibt die erleuchtete Staatsweisheit an dem ausgenühten, durch Steuerlast und Arbeitspein erschöpften Volke ihre Sozialreform.
 Die Madrider Zigarrenarbeiterinnen veranstalteten gestern eine Kundgebung gegen eine Verminderung des Personal der Fabriken. Sie zogen vor das Palais der Cortes, des Parlaments. Die Polizei „mußte“ von der Waffe Gebrauch machen. Gegen Weiber! Eine Arbeiterin wurde verhaftet.

auf ihren „christlichen“ Standpunkt etwas zu gute thun will, und wenn die liberalen „Rechtsmonarchisten“ sich mit Königsstreue schmücken. Die 1/2 hündigen Ausführungen waren am Schluß von anheimelndem Beifall und Handklatschen begleitet, insbesondere fand auch der eingehende Nachweis Zustimmung, daß Herr Arndt faule Fische verhandelt, wenn er sich als „gemäßigt“ bezeichnet. Er sei zum mindesten ebenso reaktionär, wenn nicht noch reaktionärer, als Kühme. Seine Freunde seien Feiglinge und Stumm. Gegen Arndts trotz Aufhebung wolle Herr Meyer freitrotz nicht in die Debatte ein. Die Ausführungen zweier Genossen wurden gleichfalls sehr beifällig aufgenommen.

Die Stimmzettelgleichheit wird von einigen Wählern bestritten. Es wird behauptet, daß die Arndtschen und die Meyerschen Zettel besser färbt (glatter) seien als die Künnerschen. Auf Grund umfassender Proben kann mitgeteilt werden, daß das ganz unterschiedlich ist und etwa rötlichweiße die Glätte eine stärkere oder geringere ist. Wir haben glatte Meyersche Zettel und rauhe Künnersche und Arndtsche gehabt und umgekehrt. Die Stimmzettel sind also nicht von einander zu unterscheiden, oder richtiger: die geringen Unterschiede, welche wirklich vorhanden sind, wiederholen sich bei den Zetteln jedes der Kandidaten in der gleichen Weise.

Kleine Mittel. Die Halle'sche Maschinenfabrik zahlt morgen, am Wahltag, nachmittags nach 3 Uhr ihren Arbeitern die berühmte „Dividende“ aus. Die Arbeiter sehen daraus, wozu viele Dividende gut ist, denn die auswärtigen Wohnenden können dann kaum bis 6 Uhr in ihre Heimat kommen. Ob der humane, sozialwissenschaftliche Kommuneleiter Kriebel seinem Ingenieur Veder mit dieser Maßregel beauftragt hat, wissen wir nicht. Herr Veder hat den Fabrikant gleichwohl unterzeichnet. Vorhergenannt wurden ferner etwa 50 Mann nach auswärtig auf Montage geschickt.

Die auswärtige Presse verfolgt mit großem Eifer den Verlauf des Wahlkampfes in unseren Kreise. Daß unsere Parteipresse mit besonderer Aufmerksamkeit die Wahlereignisse beibringt, ist selbstverständlich. Die plumpen Dummeheiten der Sozial. Ztg., welche schrieb, die Wahlereignisse, die wir den Künner jetzt im Gefängnis sitzen, sei eins der wichtigsten Verbrechen“, wird natürlich scharf gloriost. So schreibt das Hamb. Echo, nachdem es die Notiz der Sozial. Ztg. abgedruckt hat: „Und mit dem Gefändnis müssen sich unsere Genossen in Halle herumschlagen!“ Und die Inhaftnahme Künners findet vielseitig nicht bloß in Parteiblättern — abfällige Beurteilung. So schreibt der Vorwärts, der in seiner gestrigen Nummer unserer Wahl wiederum einen längeren Artikel widmet, folgendes:

Die Reichstagswähler von Halle haben sich am 30. Juni darüber zu entscheiden, wen sie als ihren Vertreter in den Reichstag schicken wollen. Unsere Genossen haben als ihren Kandidaten wieder ihren bewährten Vertreter Fritz B. in untrüger, dessen Wahl 1898 nur durch die unglücklichen ordnungsparteilichen Wahlenhelfer hintertreiben wurde. Vorübergehend geriet so das Mandat in die Hände des Wadefestmüllers Alexander Meyer, dem allerdings vorläufig als neuen seine Schuld beizumessen. Ihm hätte fremde Wahlberechtigung das Mandat abgehandelt. Aber sich ist es ihm doch nicht, daß er abermals um die Kandidatur kämpfen muß. Er hat das ja offen eingestanden. Da wird ein süßer Tropfen in seiner Wermutstschale gefallen sein, als er hörte, daß die Hand der Vorhebung wiederum — und zwar nicht zu seinem Schaden — eingegriffen hat in den halleschen Wahlkampf, indem unsere Genossen ihren Künner, der hiesigen Wahlkampf, zum Kandidat einer brimontenartigen Gefängnisstrafe in Wittenberg erzielte, ehe er den Wahlkampf hätte zu Ende führen können. Die Staatsanwaltschaft wie sämtliche höhere Instanzen haben sich unangenehm gezeigt für die Darlegungen Künners, daß diese beide Genossen in sich selbst als Kandidaten und die Einwohner von Halle als Wähler an der Ausübung einer ihrer wichtigsten Staatsbürgerrechte gänzlich unzulässig leide. Die Staatsanwaltschaft und nach ihr die Oberinstanzen erklären, wie weitland Schuld: „Sieht es geschwiehen im Schein? Ja kann's nicht finden in dem Schein.“ In dem Schein der Staatsorgane nämlich. Der Fall ist von der Oberregierung nicht vorgelegen, also muß die sozialdemokratische Kandidat während des Wahlkampfes brummen. Nun, unser Genossen sorgen ja dafür, daß diese unwillkürliche Wunden seiner Ansicht gemäß zu werden, nicht Schaden wird. Ein jeder fähig, das es hier gilt, Künner wirksam zu vertreten. Die drei Gegenkandidaten andererseits überlassen sich gegenseitig in Versicherungen des Wohlwollens für alle bürgerlichen Parteien.

Etwas zum Lachen. Seltener man jetzt den Inseratenteil der gegnerischen Zeitungen durch, so findet man eine Annonce, in welcher der allgemeine Ordnungsruf steht: „Wählt unsern Arndt und keinen andern! Herr Kühme oder Meyer wählt, hilft dadurch indirekt dem Sozialdemokraten zum Siege.“ Und die Kuddelmuddler bitten gleichfalls um kräftige Unterstützung ihres Kühme. Sie schreiben: „Aus unsern Kühme kann den Wahlkreis den Sozialdemokraten entziehen. Herr Arndt oder Meyer wählt, verhilft dadurch der waterlandlosen Sozialdemokratie zum Siege.“ Spariert jeder der drei Herren das bekannte Sprichwort:

Du guter lieber Florian,
Bericht mein Sans, sind' andre an!
Denn die Wähler werden wohl alle drei Kartenhäuser der Arndt Meyer und Kühme umblasen, daß es eine Lust ist. Dann ist endlich die liebe Seele Kühme. Wie schwer mühe es auch für einen „prinzipiellsten“ Kuddelmuddler sein, in einer Schwach für Meyer zu stimmen. Oder wie großes Herzschmerz mühe es einem „Liberalen“ verurachten, wenn er einen Kühme aufs Schild erheben mühe. Wesser ist's schon, die Wählerkraft eripart den Herren allen miteinander die dicker, „schweren Herzen.“

Eine verale Versammlung, die gut besucht war, fand gestern in Prinz Karl statt. Die Herren Dr. Wachsmid und Dr. Meyer sprachen. In die Debatte griff Genosse Mittag ein. Als er ausführte, daß das Herz nur auf den Fürsten und das Waterland veredelt werde, nicht aber auch auf die Bevölkerung und daß es deshalb eines Tages einem

Fürsten einsinken könne, mit Hilfe des Heeres die Verfassung umzuführen und zu staatsstreifen, wurde Mittag von Vorlesenden unterbrochen, und der sehr liberale Ruf „Ginaus“ ertönte. -- Sind die Herren schon so schwach „auf die Hinterbeine“ geworden?

Unter Ordnungsbildern. Der Geheimrat Dr. jur. v. R. und Professor der Rechte, „entwiedelt“ gestern Abend in den Kaffeehaus sein Programm. Er schilderte in seiner eingehend eingehenden Rede die Sozialdemokratie als die Partei der Unterdrückung und den guten Oberbürger Dr. Zschäner in der höchsten der Wohlthäter, der für Tausende von Arbeitern sorgt. Die Versammlung war „ordnungs“ besetzt, so daß sich je 2-3 Ordnungsmänner an einem Tische „ordentlich“ breit machen konnten. Sozialdemokraten hatten keinen Zutritt. Die Reden der freien Diskussion wurde nochmals erklärt, daß die Sozialdemokraten nicht leben dürften. Genosse Gehling, der an der Versammlung eine briefliche Einladung bekommen hatte, meldete sich zum Wort. Als er aber seinen Namen nannte, brüllten die Ordnungsbildern: „Sozialdemokrat!“ und „Sozialdemokraten raus!“ Gehling begab sich nach dem Bureau und hielt den Herren am Bureau, daß mit seinem Namen verzeichnet von der Ordnungspartei drinande Kauer, in welchem ihm die Einladung ausgegangen war, vor Augen. Das Bureau entrichtete sich ordnungsgemäß über Gehling nahm auch „etwas Aergernis“ an ihm, und von neuem ertönte bei den einigen Besuchern der Versammlung Kopfstößen bewundernde: „Sozialdemokratie raus!“ Der Richter, der Herr Bergmann, Arndt, ergriff nunmehr wiederum das Wort und „redete es dem Gehling einmal recht derb“, indem er ihm vorwarf, er hätte vor 3 Jahren schon einmal etwas „Unwürdige“ über einen von ihm gehaltenen Vortrag gehalten. Sechs Tage schlägt man sich mit den sozialdemokratischen Wählern herum und da ist es doch wahrhaftig nicht zu viel, wenn man sich die Hände wascht, wenn man sich Ruhe verlangt und umgeht, unter sich „sein will.“ So endete der Herr Bergmann. Als Gehling zu seiner Verteidigung nunmehr zu einer kurzen Erklärung um das Wort bat, brüllten die Ordnungsbildern von neuem: „Sozialdemokraten raus.“ Gehling verließ den Saal mit seinen Genossen. So maden es die Ordnungsbildern: sie murten den Gehling ab, verzeichnete den Mund und brüllten ihr wieder. So viel Jurist hatten 250 Ordnungsbildern vor fünf Sozialdemokraten. Herr nehmen dieses wird die hallesche Arbeiterchaft Herrn Arndt die Dichtung da-rüber anstellen.

Die Versammlung der Ordnungspartei in Nienberg am Sonntag durfte nicht stattfinden, weil sie — man ihre und stamme — zwar großartig insiziert und besetzt gemacht, aber bei der Ortsbehörde anzumelden vergessen worden war. Ob Herrn Arndt die Waffe der anwesenden Arbeiter fahrradete oder ob es etwas anderes war, ist nicht zu wissen. Herr Arndt, ergriff nunmehr wiederum das Wort und „redete es dem Gehling einmal recht derb“, indem er ihm vorwarf, er hätte vor 3 Jahren schon einmal etwas „Unwürdige“ über einen von ihm gehaltenen Vortrag gehalten. Sechs Tage schlägt man sich mit den sozialdemokratischen Wählern herum und da ist es doch wahrhaftig nicht zu viel, wenn man sich die Hände wascht, wenn man sich Ruhe verlangt und umgeht, unter sich „sein will.“ So endete der Herr Bergmann. Als Gehling zu seiner Verteidigung nunmehr zu einer kurzen Erklärung um das Wort bat, brüllten die Ordnungsbildern von neuem: „Sozialdemokraten raus.“ Gehling verließ den Saal mit seinen Genossen. So maden es die Ordnungsbildern: sie murten den Gehling ab, verzeichnete den Mund und brüllten ihr wieder. So viel Jurist hatten 250 Ordnungsbildern vor fünf Sozialdemokraten. Herr nehmen dieses wird die hallesche Arbeiterchaft Herrn Arndt die Dichtung da-rüber anstellen.

Und nochmals der Talmi-Vertrag. Herr Kühme hat selbst zugestanden, daß er nur zwei Jahre gelernt hat, unser früherer Gewerksmann bleibt dabei, daß es nur wenig über ein Jahr gewesen ist. Herr Kühme hat ferner nur im verschwindenden Maße und im geringen Umfang sich mit Herstellung neuer Geräte beschäftigt, vorwiegend war er bei Reparaturen tätig. Herr Kühme hat keine weitere Ausbildung in seinem Fache angestrebt, nicht am Orte, nicht durch Wanderlehre auswärtig. Herr Kühme, der Vertreter des Mittelstandes, der Beschäftigungsnochweisner, der Bestürmter des „schönsten Handwerks“ hat ein Meisterfugenschaft. Er hat sich selbst zum Meister ernannt, ohne hierzu nur irgendwede diejenigen Qualifikationen zu besitzen, die er selbst mit lauter Stimme von allen denen verlangt, die sich Meister nennen wollen. Herr Kühme segelt also als Kandidat unter einem angenehmen Titel. Schon das muß genügen, ihn in einer so unglücklichen Stadt wie Halle ein für allemal unmöglich zu machen. Seine Niederlage muß aber so empfindlich sein, daß er das Wiederanstreben für allemal verzieht.

Die Kuddelmuddler hätten am Sonntag Abend in den Kaffeehaus eine von etwa 500 Personen besetzte Versammlung abgehalten, die der antiken Reichstagsabgeordnete Vierzmann von Sonnenberg für der Schatzwaren-Unterstützung Kühme eine Gasse brach. Wie der Vorlesende und Hauptmader Prof. Dr. Wachsmid bemerkte, arbeiten die Kuddelmuddler mit der Hand, wie er erweist, wo wir nicht erweist haben, und wir leben, wo wir nicht erweist. Wachsmid trappierend für der Referenten v. Sonnenberg war es, als er bei d. Kühme als dem Ideal der Kuddelmuddler anginge, daß er nicht einmal dessen Stand richtig definieren konnte, wahrheitsgemäß war er sich nicht, nicht klar, wie Herr Kühme „Verweigerung“ gemacht war, sagte: „Er ist ein armer Mann, die Herr Kühme, er ist Handwerker, Fabrikant und nach einigem Überlegen sagt er noch hinzu: er ist auch gewissermaßen ein Kaufmann. Herr Kühme wird sich wohl nachträglich beim Referenten dafür bedankt haben. Ferner teilte der Referent mit: Herr Arndt ist zwar beim Provinzialparlament des Bundes der Landwirte gewesen, er hatte schon seit Verlangt, da kann er nicht mehr, höchstens aus den Mittellagen, die das Water zum Himmel über mich schreien. Eine solche Minorität, wie die Arndtsche Partei, sollte doch etwas Bescheidenes anfangen, damit die gewaltige Wirklichkeit nicht allzu sehr ins Bewusstsein der Wähler tritt.“

Genosse Hofmann in der Halle, Zschäner, sollte doch etwas Bescheidenes anfangen, damit die gewaltige Wirklichkeit nicht allzu sehr ins Bewusstsein der Wähler tritt. Der Reichstag, welches alljährliches Wahlenreferat verhandelt, denn ein Mann kann alljährlich zum Hofen werden. Natürlich fand auch das Judentum von fetten des Referenten eine abfällige Würdigung. Der Antimilitarismus Vierzmann aus oder von Sonnenberg vermag nichts mehr an der jammertlichen Niederlage seines Freundes Kühme zu mildern. **Genosse Hofmann** in der Halle, Zschäner, sollte doch etwas Bescheidenes anfangen, damit die gewaltige Wirklichkeit nicht allzu sehr ins Bewusstsein der Wähler tritt. Der Reichstag, welches alljährliches Wahlenreferat verhandelt, denn ein Mann kann alljährlich zum Hofen werden. Natürlich fand auch das Judentum von fetten des Referenten eine abfällige Würdigung. Der Antimilitarismus Vierzmann aus oder von Sonnenberg vermag nichts mehr an der jammertlichen Niederlage seines Freundes Kühme zu mildern.

Genosse Hofmann in der Halle, Zschäner, sollte doch etwas Bescheidenes anfangen, damit die gewaltige Wirklichkeit nicht allzu sehr ins Bewusstsein der Wähler tritt. Der Reichstag, welches alljährliches Wahlenreferat verhandelt, denn ein Mann kann alljährlich zum Hofen werden. Natürlich fand auch das Judentum von fetten des Referenten eine abfällige Würdigung. Der Antimilitarismus Vierzmann aus oder von Sonnenberg vermag nichts mehr an der jammertlichen Niederlage seines Freundes Kühme zu mildern.

Schlage auszuholen gilt. Um diesen entscheidenden Schlag zu führen zu können, ist es notwendig, daß alle Gefinnungsgenossen in Stadt und Land in aller treuer Weise den Kampf für Waterland, Thron und Altar fortsetzen, um insbesondere jene waterlandlose Partei zu zerschlagen, die durch die unglücklichen Worte unvers. erhabenen Herrschaftslo zu vernichte gekennzeichnet wurde. Welch schneidende Waffe aber die Sozial. die Landbesetzung für die Provinz Sachsen, in diese Kampfe unserer Partei ist, davon geben die täglichen Gefinnungsgenossen der gewerkschaftlichen Organe genaugung Zeugnis. Uns können selbstverständlich diese Wahlenkämpfe, nicht als nur zu den Aufstellungen der von Großherren der Armen und Reichs-gemächtig waterlandlosen Wahlenfürsorge und politisch Wahlen nicht berühren, zeigen sie uns doch aufs deutlichste, daß unsere Liebe hier.

Der Kampf um Sieg:
Mit Gott für Kaiser und Reich!
Das sei jetzt und immerdar unsere Devise.

Daß die Leser der Freisinnigen die Gegner Schritt um Schritt zum Weichen gebracht haben sollen, ist gut, und daß sie ihren Kandidaten zur Siegwahl bringen werden, ist noch besser. Fragt sich nur, wozu dem der beiden Herrn — Arndt oder Kühme — die Sozial. Ztg. diese heile Straf wünscht. -- Daß die waterlandlosen Wahlenfürsorge sich von (sic!) Großherren der Armen und Reichs gemächtig lösen müssen wird schon irgendwo einmal oder auch zweimal gehört haben. Uebrigens ist der Großherren ein ziemlich schwerer duldendes Mittelteil. Doch solche kleine naturgeschichtliche Dummeheiten können große Geister, wie sie in der Sozial. Ztg. nicht genieren. Das Blatt mag darum nur hurtig zu weiter arbeiten: Durch Kraft zu Kraft! Mit dem Geldsack für Thron und Altar!

Eingefandt.
An die Redaktion des Volksblattes Halle.

In der Freitagnummer der Saale-Ztg. sucht ein „Anwalt des Rechts“ nachzuweisen, daß Herr Kühme einen rechtlichen Diebstahl begangen haben soll. Man kann man es dem Herrn zwar nicht unbedingt ablehnen, daß er rechtliche Hilfe nach dem allerdings schon sehr abgegriffenen Wahlrecht wirft, aber, wie ich, die sogenannten Überlegungsbeamten dem Militär geht ab, der weiß die Verflechtung der Militärgerichtsbarkeit und Soldatenführer besser zu schätzen, wie der Herr Rechtsanwalt, der seine Dummheit nicht viel leicht als Einfältigkeit in Saal und Braus dahingelassen und seine Kameraden kaum herbeizurufen hat. Daß Kühme verurteilt worden ist und zwar 4 mal verurteilt, gerichtet ihm in den Augen überlegen und ruhig denkender Menschen durchaus nicht an Schande, sondern unter solchen Umständen zur Ehre. Weiß man doch, und die Erklärung lehrt es täglich, daß die Justitia heute nur zu oft die Fünfe liest. Obwohl ich kein Sozialdemokrat im eigentlichen Sinne bin, fühle ich wenigstens sozialdemokratischen Grundgedanken zustimme, besitze ich doch zu viel freie Denkart, um doch ich mich nicht von dem gelamten halleschen Kuddelmuddler's Gern bringen lasse. Wäre auch nur ein Kandidat von den den Wahlereignissen aufgestellt, der entgegenkam selbständige und verständliche Aufzählungen hätte, würde ich ihm gern meine Stimme geben, so aber leide ich mich gezwungen, den Sozialdemokraten zu wählen und wünsche nur, daß dies alle kleinen Handwerker und Geschäftleute auch thun. Denn jeder weiß sich seiner Gatt, und Beschäftigungsnochweisner, Jmmung, Brämien und was sonst alles von den Wahlen in der Hand gerieben wird, kann uns nicht mehr helfen, sondern nur die Wahlen verunreinigen. Also für kleinen Handwerker und Geschäftleute wählt Künner.
Ein Handwerksmeister.

- Zum Wahlloos.**
Von einer roten Kaufhaus, wo Wasser nicht war 1 M.
Von einer Geburtsstiftung des Gelpanzers Südwest 3 M.
Gesammelt auf dem Bau der Steinstraße, nicht für den West-
Von den Arbeitern, sondern für unsern Fritz Künner 3.25 M.
Von den Arbeitern des Bau-Fabrikers- und Schiffsbau-Ges.
für unsern Fritz Künner 2 M.
Ch. B. durch Frau Blatt 2 M.
F. R. durch Frau Blatt 1 M.
Überführung von der Bremer Partei 2.10 M.
Von den Arbeiterinnen Schindler 2.20 M.
Von den organisierten Arbeiter der Kuddelmuddler Werkstatt 5 M.
Durch A. Men von Bau-Guth-Hölzer 4 M.
Von Formern und Arbeitern einer kleinen Eisenfabrik 11.15 M.
Von einem Waterlandlosen in Trotha 1 M.
Gesammelt auf dem Bau Friedrich- und Karlsruher-Gäß (Alte 354) 7 M.
Bei Frau H. E. in Gemütlichkeit 1.50 M.
Von F. J. M. in der Gasse 6 M.
Arbeitergewerkschaft von 4 Steinleuten Deffauerstraße nicht für Kühme sondern für den Reich und Republikaner 2.50 M.
Von den annehmlichen Reichs-Zug 3 M.
Von R. W. Löhning 6. Teich 50 Pf.
Gesammelt von den Steinleuten in Giebichenstein im Sotel zum letzten Ende 3.80 M.
Aus einer traurigen Bude A. S. 3.25 M.
Von den Kaffeehaus Steine und Kaffeehaus vom Schul-Neubau in Freiberger Straße 3.80 M.
Von den Maurern beiseit 1.90 M.
Von der roten Hochzeit auf dem Viktoriaplatz nicht für Meyer, nicht für den Reichsfreund, auch nicht für den Kuddelmuddler, sondern für unsern Fritz 4 M.
Von einer alten Frau 50 Pf.

Präsidenten der Expedition.
S. G. Günthard Jorz, Schmid, Streiberstraße 10, list das Volksblatt.

Präsidenten der Redaktion.
A. J. Straßbar und Sie nicht aber Sie müssen es eben unterlassen, wenn der Hauswirt Ihren Gästen das Sigen auf seinen Bänken unterlag.

Ständemännliche Kandidaten.
Giebichenstein, vom 20. bis 23. Juni.

Aufgebote: Der Arbeiter R. A. Deuschke und C. A. Wörz (Krollwitz). Der Steinseger R. G. Schmidt und C. A. Wratmann (Giebichenstein und Krollwitz).

Geschickungen: Der Redakteur B. C. Wagnus und S. A. Wagnus (Freiburg und Wittenberg). Der Handelsmann G. S. Wörz und H. H. Wörz (Wittenberg). Der Arbeiter R. G. Schmidt und C. A. Wratmann (Giebichenstein und Krollwitz).

Geboren: Dem Fabrikarbeiter F. E. Löhner eine T. (Gohlestraße 10). Dem Schmied E. S. Siedle eine T. (Auguststr. 10). Dem Arbeiter R. G. Schmidt eine T. (Gr. Brunnentstr. 46). Eine unget. (Wendeburgstraße 16). Ein unget. S. (Gr. Brunnentstraße 34). Eine unget. E. (Rühlstr. 3).

Storben: Des Schmied A. Siegmund S. 10 M. (Auguststraße 1). Eine unget. L. 5 M. (Lützstr. 6).

Für die Redaktion verantwortlich: A. Baumgarten in Halle.

Mein diesjähriger grosser
WOLFF-A. WOLFF
Geschäftshaus
Tomin

Die neuen Fabrikanten.

Es ist im Leben häufig eingerichtet.
Dah nicht nach unrem Stoffe mehr will geh'n.
Was noch so lahm der Fabrikant erachtet -
Der dumme Kopf will es nicht verstehen.
Wie sind die Zeiten noch so lahm gewesen.
Als man noch Sand ihm konnte ins Auge streun.
Der Teufel hol's, es wär' so lahm gewesen -
Der Teufel hol's, es soll nicht mehr so sein.
Die Wollen zieh'n und neblig ist das Wetter -
Wird die Fabrik uns ab auch schweres Geld.
So lahm noch dein ein lebendes Sommerwetter.
Wenn's um der Welt ist vor die Welt nicht.
Daß er mit seinen Armen es gewendet.
Dem wir den Reichtum danken ganz allein!
Der Teufel hol's, wie ist's einst lahm gewesen.
Wie, warum kann nicht immer es so sein!
Leb, Reid und Goh, auch ich hab' sie empfunden.
Ein armer, schwachebrüster Fabrikant.
Aber auch der Reichs Hess wird dabei geschunden.
Es wurde doch der rechte Mann im Land.
Einst laur ich wohl darin mit rauhen Beinen.
Die Leute glauben, was ich sagt, allein -
Die alte Zeit, sie ist so lahm gewesen.
Die alte Zeit, wie bringt sie wieder ein?
Sch. P.

Preussischer Reichstag.

110. Sitzung vom 27. Juni 1896.

Die zweite Beratung des Bürgerlichen Gesetzbuchs wird dem 1893 fortgesetzt, der Reichstag, nach welchen Klaren die Vaterstadt bei unehelichen Kindern bestimmt werden soll.

Abg. Stadthagen (So.) beantragt, den Absatz 1 folgendermaßen zu fassen: Als Vater des unehelichen Kindes gilt, wer der Mutter innerhalb der Empfängniszeit beigeordnet oder seine Vaterpflicht nach der Geburt des Kindes in einer öffentlichen Urkunde anerkannt hat, und beantragt ferner die Streichung der exceptio plurimum. Zur Begründung führte Redner aus: Jede Fortschritt der Rechte der außerehelich geborenen Kinder ist ein Fortschritt der Humanität, ein Fortschritt im Sinne der Völkervereinigung, ein Fortschritt der Menschlichkeit und der Ungerechtigkeit. Der Entwurf, welcher die unehelichen Kinder ein neues Recht, das ungleichlicher ist, als der bestehende B-Fand. Seit dem Sachsen- und Schwabemriegel berührt leider in Deutschland das Verbrechen, das uneheliche Kind, das für seine Geburt doch nicht kann, zu einer rechtlichen Waise zu machen. Redner gibt einen Überblick über die Rechte, die auf diesem Gebiete in den verschiedenen Staaten bestehen. Seit 1871 durch den Entwurf das gute Recht, das in Bayern, Hamburg und anderen Staaten besteht, verdrängt werden. Manhafte Äußerungen haben sich im Interesse des Gemeinwohls, der Armenhilfe und der unehelichen Kinder selbst gegen die exceptio plurimum ausgesprochen. Der Entwurf, welcher die Materie zu Gunsten der Eltern und zu Ungunsten der Schwachen regelt, ist ein Werk, das Kräftegeber, Aufseher oder Personen, welche eine Art von obrigkeitlicher Gewalt ausüben, junge Leute veranlassen, sich Mädchen, mit denen sie selbst Umgang gepflogen, zu nähern, da mit sie selbst von der Verantwortung befreit werden. Ueberdies gibt die exceptio plurimum eine Art von Schutz vor dem Verfall in meine Praxis als Rechtsanwalt sind mir mindestens 20 Fälle vorgekommen, wo nach meiner Ueberzeugung die Fremde des Verführers Weirde geschoren haben.

Abg. v. Strombeck (Ztr.) erklärt, daß er aus Gerechtigkeitsgründen für den Antrag Stadthagen stimmen werde.

Abg. Frhr. v. Zarnitz (Reichs.) erklärt, daß er gegen den Antrag Stadthagen stimmen, nicht im Interesse des Vaters, den er gebe ich vollständig preis, sondern im Interesse des Kindes. Es liegt im Interesse des Kindes, daß es eine anständige Mutter hat, wenn aber der Antrag Stadthagen angenommen wird, dann machen Sie aus dem gefallenen Vater einen Feind.

Abg. Gausmann (D. Volksp.) meinet, daß ebenfalls gegen den Antrag Stadthagen, da dieser über das Ziel hinauschießt. Der Abg. Stadthagen ist durch den Abg. Weid gefahren wiederlegt, aber der sich mit Recht gegen den Satz wehrt, daß eine Verantwortung zwischen dem Vater und dem unehelichen Kinde nicht bestehen sollte. Eine solche Verantwortung müßte aus sittlichen und rechtlichen Gründen - stehen, sie könne dies aber nicht, wenn mehrere Väter vorhanden seien.

Abg. Kintelen (Cent.) erklärt sich gegen den Antrag. Nach mehreren Bemerkungen der Abg. Stadthagen (So.), Grotzer (Cent.) und v. Strombeck (Zent.) wird im 1893 unter Ablehnung des Antrags Stadthagen in der Kommissionfassung angenommen, ebenda 1894-1892.

1893 läßt die für die Anlegung von Minderjährigen zulässigen Bapere an. Die Fassung der Kommission fällt darunter stand briefe aus, soweit sie vom Bundesrat e gnetet ist.

Abg. v. Staudt (So.) beantragt, verdrängte Forderungen gegen eine inländische öffentliche oder öffentliche Kreditanstalt, über die diese Bapere ausgenommen, ohne die Aufnahme vom Bundesrat abhängig zu machen.

Minister Frhr. v. Hammerstein führt aus: Ueber die neulichen Verhandlungen wird im Reichsanzeiger eine Berichtigung erscheinen. Für heute erklärt ich folgendes: Die preussischen Unternehmungen einer hängigen und eingehenden staatlichen Überwachung. Es gehören nicht nur die Statuten der staatlichen Genehmigung. Auch der ganze geschäftliche Betrieb wird dadurch kontrolliert. Weist sich aus befondere staatliche Kommission eingeleitet. Die landwirtschaftlichen Behörden sind mit dieser Staatsbehörde, die geistlich auch mit Funktionen anderer Art betraut werden. Ihre Mitarbeiter werden staatlich befristet. Auf Grund dessen nimmt die preussische landwirtschaftliche Verwaltung einen Anstand, ihrer bestimmten Ueberzeugung Ausdruck zu geben, daß die preussischen Wandbriefe und zwar sämtliche Gruppen und Systeme als erstklassige, beste Bapere anzusehen sind. Ihre vollkommene Evidenz hat sich auch in den verschiedenen öffentlichen Verträgen, über die die sämtlichen Wandbriefe als vollkommen wertvoll, erste Klasse Bapere anerkannt hat (Hrt! Hrt!), daß auch die Reichsbank in sprechend erfahren und unter ihren Bombardementen Wandbriefe von verschiedenen Systemen im Weis habe und hierbei zwischen den einzelnen Gruppen keinen Unterschied machte. (Beifall rechts.)

Abg. Gausmann (Reichs.) beantragt, unter die privilegierten Bapere Wandbriefe sowie verdrängte Forderungen, gegen eine inländische öffentliche Kreditanstalt oder die Kreditanstalt einer solchen aufzunehmen, sofern sie vom Bundesrat hierfür als e gnetet ist.

Staatssekretär Niederberg: Es hat bei Beurteilung des Entwurfs keine Wichtigkeit, irgend einen Gegenstand zu konstatieren. Wenn aber die Bapere, welche innerhalb des preussischen Staates als berechtigt gelten, im Bürgerlichen Gesetzbuch aufgeführt werden sollen, so hätte dies auch mit anderen Bapieren geschehen müssen. Durch Artikel 211 des Einführungsgesetzes ist festgestellt, daß die Bapere, welche im Reichsbuch über die privilegierte Sicherheit von Bapieren durch das Bürgerliche Gesetzbuch nicht berührt werden, und in der preussischen Vormundschafts-

ordnung ist ausgesprochen, daß die Bapere der preussischen Landchaft vollständig sicher sein sollen. Es gibt auch andere Bapere, die eben so sicher sind. Wenn diese in dem Entwurf nicht aufgeführt sind, so ist daraus ein Schluß gegen ihre Sicherheit nicht zu ziehen. Demnach bleibt ich den Antrag Staudt abzulehnen.

Der Antrag Gausmann würde im Bundesrat keinen Schwierigkeiten entgegenstellen.

Abg. v. Mantuffel (So.) tritt für den Antrag Staudt ein.

Abg. v. Bennigsen (natl.) beantwortet den Antrag Gausmann. Der Antrag Gausmann wird bereits einstimmig angenommen, ebenso Paragraph 1783 in der dem Reichstag abgelehnt. Angenommen werden ferner der Rest des vierten Buches und vom 6. Buche Erbrecht die Paragraphen 1898 bis 2204. - Paragraph 2205 in der Kommissionfassung, daß ein Testament erstens von einem Richter oder von einem Notar, zweitens durch eine vom Richter unter Angabe des Ortes und des Tages öffentlich abgelesene und unterschriebene Erklärung errichtet werden kann.

Abg. v. Buchta (So.) beantragt den zweiten Absatz zu streichen.

Abg. Gausmann (D. Volksp.) beantwortet einen Antrag Bennigsen, welcher die Regierungsvorlage wiederherstellen will, die das eigenhändige Testament nicht zuläßt, und für das Testament vor einem Richter oder Notar die Anwesenheit zweier Zeugen erfordert.

Geheimrat v. Jagemann empfiehlt die Kommissionfassung. Die Abänderung des eigenhändigen Testaments bringe nicht das, was die Erschleichererinnen nunmehr unmöglich werden. Staatssekretär Niederberg: Auch nach den Beschläßen der Kommission steht die Mehrheit der verdrängten Regierung auf dem Standpunkte, daß es richtiger ist, das Privat Testament in das Bürgerliche Gesetzbuch nicht aufzunehmen. Ich bitte daher den Regierungsentwurf anzunehmen.

Abg. Dr. v. Cuno (natl.) bedauert diese Erklärung aufrichtig. Abg. Stephan (Reichs.) schießt sich dem Vorredner an. Abg. Frhr. v. Stumm (Reichs.): Bei einem großen Vermögen wird ein notarielles Testament ohnehin in den meisten Fällen errichtet werden. Für die Bundesrat erklärt werden die Zulassung eines Privat Testaments ein Wohlthat sein.

Abg. Grotzer (Freis. Volk.) will den Regierungsentwurf wieder herstellen. Ein Antrag Auer will einen Artikel einfügen, der ein sogenanntes Vereinsgesetz formuliert.

Abg. Stadthagen (So.) beantwortet einen Antrag. Der Bundesrat habe sich zu dem 2. und 3. Absatz nicht genug geäußert, sich darüber schuldig zu machen.

Reichsanzeiger für v. Sollenhofe: Die Einfügung einer Bestimmung in das Bürgerliche Gesetzbuch, wie sie der Antrag Auer und Bennigsen in Nr. 22 in Aussicht nimmt, empfiehlt sich zunächst aus der Erwägung nicht, daß die Bestimmungen einen öffentlich rechtlichen Charakter hat, während sich die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs auf dem Gebiete des Privatrechts bewegen. Aber überdies ist die Annahme einer Bestimmung, welche den politischen Vereinen gestattet, miteinander in Verbindung zu treten, entscheidend. Wie bereits bei der 3. Beratung des sogenannten Vereinsgesetzes vom Bundesrat erklärt worden ist, besteht die begründete Befürchtung, daß das in den verschiedenen Bundesstaaten für politische Vereine erlassene Verbot, mit anderen Vereinen in Verbindung zu treten, ohne Wirksamkeit werde gesetzt werden. Ich kann auf Grund der inwider den die beteiligten Regierungen gefolgerten Erörterungen diese Erklärung dahin ergänzen, es ist in der Kommission die Meinung, daß die Bestimmung des durch dieses Verbot geschaffenen Rechtszustandes herbeizuführen. Geheißt dies aber - und ich zweifle nicht daran, daß es geschehen wird - so wird es in Zukunft auch in den gegenwärtig noch unter dem Verbot stehenden Staaten zulässig sein, daß politische Vereine untereinander in Verbindung treten und zwar mit dieser Erfolg, unter allen Umständen früher eintreten, als dies durch eine Aufnahme des Antrages Auer in das Bürgerliche Gesetzbuch der Fall sein würde. weil das letztere erst mit Beginn des nächsten Jahres in Geltung gesetzt werden soll.

Abg. Heber (Ztr.) bittet den Antrag abzulehnen.

Abg. Fröhne (So.): Die Erklärung des Reichsanzeigers kann uns unmöglich befriedigen. Man treibt hier ein seltsames Spiel mit dem Begriff des öffentlichen und privaten Rechts; um die Sache klarzustellen, müssen wir unbedingt an unrem Antrag festhalten. Stimmen Sie dafür, um die dreifachen Interessen des Rechts und der Gerechtigkeit zu wahren. Staatssekretär v. Voettker bittet, dem Antrag keine Folge zu geben. Die Ausführungen des Reichsanzeigers seien richtig und politisch unanfechtbar. Er lege aus vom Standpunkt der Herren, denen an einer schleimigen Verleumdung des Verbotes ligend, daraus seinen Stand zu Sorge. Die Regierungen in Berlin, Bonn und Aachen, die Reichsanzeiger Nr. 12, haben sich sämtlich mit ihm einmütig erklärt und zu bekräftigen. Der zweite Teil dieses Antrags hat keineswegs privatrechtlichen Charakter.

Abg. v. Stumm: Der erste Teil des Antrags ist durch die Erklärung des Reichsanzeigers erledigt. Der zweite Teil ist nur für seine Bapere unannehmbar.

Abg. v. Mantuffel (So.) schießt sich dem an.

Abg. v. Bennigsen (natl.) bittet, den Antrag in dieser Gestalt abzulehnen.

Abg. Stadthagen (So.): Die Erklärung des Abg. Freiherr v. Stumm ist für uns sehr wertvoll. Wir legen uns Absatz 2 des Antrags weit mehr Wert als auf Absatz 1. Somit laur Sie, ein Reich, ein Recht. Aber wenn es sich darum handelt, rechtsondare Artikel zu bekräftigen, laur Sie: Kein öffentliches Recht, sondern Privat Recht. Gerade wegen der Erklärung der Konventionen bitte ich alle, die mit uns über die Meinung in diesen Punkten sind, unrem Antrag anzunehmen.

Die Polizei hat sich hier in ein Verbotrecht hineingemischt, wie wenn Sie sich betonen, daß ein öffentliches Recht, nicht hineingehört. Eine eigentliche Grenze zwischen öffentlichem und privatem Recht gibt es überhaupt nicht. Die Erklärung des Reichsanzeigers war durchaus ungenügend, ich glaube, daß wir das, was wir haben sollen, nicht bekommen. Der Reichsanzeiger hat uns nicht gelobt, wenn die Bestimmung aufgehoben werden soll, er hat auch nicht gesagt, ob man das Verbot wirklich aufgehoben wird, nicht auch zugleich eine Berücksichtigung des Bereichsrechts in den Einzelstaaten eintreten soll, die die Vereine überhaupt unmöglich macht. Was nutzt und denn, daß das Verbot aufgehoben wird? Durch die Aufnahme unrem Antrags über wir einen Druck auf den Bundesrat aus. Wir müßten hier in den Sommer hinein fügen, da können wir dem Bundesrat die keine Unbequemlichkeit nicht zumuten. Ich bitte Sie deshalb, unrem Antrag anzunehmen und damit den Herren v. Stumm und v. Mantuffel ihren den wackharten nationalen Interessen entgegenstehenden Standpunkt klar zu machen.

Redner schließt noch die Abg. Gausmann, von Mantuffel, v. Stumm, und Stadthagen zu dem Antrag Auer geknüpft haben, wird dieser abgelehnt. Außer den Sozialdemokraten stimmten nur die freimüthigen Parteien dafür.

Der Rest des Einführungsgesetzes wird unterbreitet in der Fassung der Kommission angenommen. Dem 2. und 3. Absatz der Beratung des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch beendet. (Beifall im Zentrum.)

Die Beratung der von der Kommission und von sozialdemokratischer Seite beantragten Resolutionen wird bis zur dritten Sitzung zurückgestellt.

Rechtlich Frhr. v. Daul will auf die nächste Tagesordnung die zweite Beratung des Bürgerlichen Gesetzbuchs und des Margarinegesetzes legen.

Abg. Frhr. v. Mantuffel (So.) wünscht das Margarinegesetz vor dem Bürgerlichen Gesetzbuch beraten zu lassen.

Abg. Singer (So.) giebt der Bemerkung Ausdruck, daß hierbei ein neuer Seitenhieb im Wege sei und bittet, es beim Vorlage des Präsidenten zu belassen.

Die Abg. Dr. Heber und v. Bennigsen verpflichten dem Vorredner bei.

Abg. Frhr. v. Mantuffel (So.) bekräftigt das Vorhandensein eines Handels und beantragt nunmehr die Schlussabstimmung über die zweite Beratung des Bürgerlichen Gesetzbuchs erst nach der Beratung des Margarinegesetzes vorzunehmen.

Abg. Dr. Heber widerspricht diesem Antrag. Der Antrag Mantuffel wird gegen die Stimmen der Konventionen abgelehnt.

Nächste Sitzung Dienstag 1. Juli. (Petitionen: Wahl dreier Mitglieder zur Staatsschuldentkommission; dritte Beratung des Bürgerlichen Gesetzbuchs; Margarinegesetz.)

Schluss 6 1/2 Uhr.

Tagesgeschichte.

Der Kampf der Kapitalisten gegen die christlich-sozialen Faktoren hat in Witten zur Trennung des evangelischen Arbeitervereins geführt. 207 Mitglieder traten aus, während 251 in dem alten Verein auch weiterhin die kapitalistischen Ausbeuter segnen wollen. Traurige Arbeiter, die sich so im Gängelbänden führen lassen.

Der deutsche Berufsangehörigenkongress ist am Freitag in Berlin zusammengetreten. Der Verhandlungen wohnte auch Staatsminister v. Voettker bei, er sagte u. a.: Ich ermahne Sie, sich bei dem Ausbruch dieses humanitären Wertes nicht abschrecken zu lassen dadurch, daß Sie in der letzten Zeit in ganz unqualifizierter Weise Angriffe ausgekehrt waren. Lassen Sie sich nicht abschrecken, weil der Dank für die Arbeiten bisher ausgeblieben ist. Wir haben die soziale Bewegung nicht inaugurirt, um Dank zu ernten, wir wollen dem Volke Nutzen schaffen. Das mögen sich diejenigen merken, die fortwährend die sozialpolitischen Maßnahmen der Regierung bekämpfen.

Aus dem Kolonialreich. Was soll, so fragt die Freireisende Zeitung, die Verklärung der Schutztruppe jetzt noch in Deutsch-Südwestafrika? Bekanntlich ist am 20. Mai durch die Wegnahme des Rahimema und des ganzen Rhoadastammes der Krieg mit den Eingeborenen in Deutsch-Südwestafrika beendet. Erst am 31. Mai aber ist eine Ergänzung der Schutztruppe von über 400 Mann von Hamburg abgegangen, welche in den ersten Tagen des Juli an der Küste von Deutsch-Südwestafrika eintrifft. Die zwei Millionen Mark, die im Etat für diese Schutztruppe in Urlaub gebracht worden sind, hätten also erparnt werden können. Im Hamburger Korrespondent wird nun bereits darauf geäußert, die Schutztruppe in Südwestafrika dauernd auf 1000 Mann zu erhöhen. Das würde jährlich mehrere Millionen Mark kosten. So viel ist auch nicht entfernt das ganze Land wert.

Politisches und Gerichtliches.

Es sen a. R. vom Landgericht wurde der Reaktor der Bergarbeiterverein, Gen. Sui: Esen, zu 300 Mark Geldstrafe eben 30 Tagen Haft verurteilt wegen angeblicher Verleumdung niederösterreichischer Steiger. Die Verleumdung soll in einem dem Blatte: Die Wahrheit entnommen Artikel, um defektilwillen Gen. Reichs-Präsident, schon drei Monate Gefängnis erhalten hat, enthalten sein. Der Staatsanwalt beantragte gegen Sui 500 Mark Geldstrafe; das Gericht nahm aber mildernde Umstände an.

Wie der Sozialist mitteilt, verläßt Sabastian Gumpowicz, der Sohn des betannten Professor in Graz, am 8. Juli das Gefängnis, wo er wegen einer Rede, die er im Januar 1894 in einer Arbeiter-Vereinigung gehalten hat, 2 1/2 Jahre hat schmachten müssen. Am 10. Juli wird bekanntlich Baron Agnes Reinhold aus dem Zuchthaus zurückgeführt. Die Arbeiterchaft wird dafür sorgen, daß dieses Hebel: weid vorab wenigstens von materielle Not befreit wird.

Wie es sich um die Bekämpfung der Sozialdemokratie handelt, braucht man bei uns über kein gerichtliches Urteil mehr zu staunen. Vor einiger Zeit waren durch die Volkswehr die sozialdemokratischen Frauen von dem weiblichen Verantwortschaften zu einem gewissen Bekanntheit in Saale einer Wirtchaft eingeladen worden. Bis etwa 150 Personen betonnen waren und sie die Arbeitermoralität und ein anderes sozialdemokratisches Ziel gelungen hatten, wurde von der inzuwischen erschienenen Polizei die Versammlung aufgelöst, weil eine Erörterung politischer Angelegenheiten bewachte, aber nicht angemeldet worden wäre. Als Vertrauenspersonen wurden zwei Frauen, die Genossinnen Heiler und Heiler, unter Vorlage gestellt, wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes. Das Schöffengericht sprach sie frei, weil es sich nicht darauf überzeugen konnte, daß Erörterungen politischer Angelegenheiten stattgefunden hätten. Zufällig war keine Rede gehalten, kein Vorstand gewählt, kurz, nichts getan worden, was auf die Veranlassung einer Bekanntheit hätte schließen lassen können. Trotzdem kam auf die Bekanntheit des Staatsanwalts die Strafanzeige zu einer Verurteilung der Frauen. Sie fand in dem Gesange der Arbeitermoralität eine Erörterung politischer Angelegenheiten und schloß daraus, daß die Bekanntheit auf Grund des Vereinsgesetzes bei der Volkswehr hätte angemeldet werden müssen. Auf die Kammergerichtliche Entscheidung, die angekauert wird, kann man einigermaßen gespannt sein. Wird das Erkenntnis aufrecht erhalten, so kann man daraus ersehen, welchen Wert im allgemeinen die für sich selbst politische Vereine ihre Bekanntheiten, die nicht der Erörterung öffentlicher Angelegenheiten, sondern der Erhaltung und dem Vergnügen dienen, nicht annehmen brauchen.

Soziale Hebericht.

Untersuchungen über das Hausgewerbe will der Verein für Sozialpolitik in den verschiedenen Teilen Deutschlands vornehmen lassen, so wie er es bezüglich des Kleingewerbes getan hat. Die Untersuchungen sollen sich zunächst beziehen auf die loyale und wirtschaftlichen Beziehungen der Handwerker, die Leistungen anbieten, wie Schreinermeister, Klempner, Kesselflicker, Schneider, Schuhmacher, ferner der Hausindustriellen, die Erzeugnisse ihrer eigenen Kunstfertigkeit oder der Geschildigten ihrer

